

Heißer Herbst — Die StudentInnen-Proteste im Herbst

Ein Rückblick und Ausblick von Robert König und Peter Bojduňy

Das zentrale Ereignis der letzten 2 Jahre waren die Student/inn/en Proteste im Herbst 1987. Den unmittelbaren Anlaß bildeten die Sparmaßnahmen der Bundesregierung, die massive Sozialkürzungen bei den Studierenden beinhalteten. Als Reaktion darauf formierten sich Österreichs Student/inn/en zu einer in der Geschichte der Zweiten Republik vorher nicht dagewesenen Protestbewegung, deren Höhepunkte ein österreichweiter Generalstreik der Studierenden und eine Großdemonstration am 24. Oktober 1987 in Wien darstellten.

Chronologie der Ereignisse

Als bekannt wurde, daß im Rahmen der Sparmaßnahmen der Bundesregierung eine Kürzung der Familienbeihilfe, durch Herabsetzung des Höchstalters von 27 auf 25 Jahre beabsichtigt ist, bildete sich — wie in anderen Hochschulstädten — Anfang September 1987 auch in Graz ein Aktionskomitee gegen diesen Sozialabbau. Dieses wurde anfänglich von allen drei Grazer Hochschülerschaften (TU, Uni, Musikhochschule) und den PÄDAK's getragen und hatte die Aufgabe übernommen, Informationen weiterzugeben und Aktionen für den heißen Herbst vorzubereiten.

Die ÖH's verschickten einen Informationsfalter an alle Studierenden und mittels Plakaten wurde zu einem Streik und Aktionstag am 21. Oktober aufgerufen.

Die hohe Beteiligung an einer Kundgebung bei einer Grazvisite Bundeskanzler Vranitzkys am 10. Oktober in Schloß Eggenberg, ließ erstmals erahnen, daß eine hohe Betroffenheit unter uns Studierenden herrschte. Doch der Streik- und der Aktionstag am 21. Oktober übertraf alle Erwartungen.

An einer Protestkundgebung vor der Alten Technik beteiligten sich auf Antrieb mehr als 1000 Technikstudent/inn/en. Bereits zwei Tage vorher besetzten Student/inn/en das Audi-Max der Uni-Wien, im Anschluß an eine HörerInnenversammlung der GeWi- und GruWi-Fakultäten. Die Audi-Max Besetzung in Wien rief beim Vorsitzenden des Zentralausschusses der ÖH — Szyskowitz — eine Panikreaktion hervor: er verkündete eigenmächtig einen "unbefristeten Generalstreik".

In Graz entschlossen sich am 21. Oktober die Technikstudent/inn/en in einer Hörer/inn/enversammlung, sich dem Streik der übrigen Unis anzuschließen, woraufhin am 22. und 23. Okto-

ber ein totaler Boykott aller Lehrveranstaltungen an der TU-Graz stattfand.

Nach einer Großdemonstration am 24. Oktober in Wien "gegen Sozialabbau, Arbeitslosigkeit und Bildungsstopp", an der sich ca. 40.000 Student/inn/en, Arbeiter/inn/en, Arbeitslose, Pensionist/inn/en, etc. beteiligten, zeigte sich die unnachgiebige Haltung der Bundesregierung. Kanzler Vranitzky erklärte, man könne zwar reden, aber den Forderungen der Demonstrant/inn/en werde auf keinem Fall nachgegeben. Das stellte eine neue Art des Umgangs der Bundesregierung mit Protesten dar: 1985/86 hatte die Regierung noch wesentlich "kleineren" Student/inn/enprotesten gegen Studienverschärfungen (AUSG) sehr schnell nachgegeben.

Einige Tage später setzte der ZA-Vorsitzende Szyskowitz genauso eigenmächtig den "unbefristeten" Generalstreik wieder aus, wie er ihn ausgerufen hatte. Als Begründung führte Szyskowitz Verhandlungsergebnisse mit der Bundesregierung an, was sich allerdings als Trick herausstellte.

Die angeblichen Zugeständnisse sollten den Studierenden zusätzlich mit einer "Urabstimmung" verkauft werden, um die Proteste abzuschwächen und die angekratzte Legitimation des ZA-Vorsitzenden wiederherzustellen. Das vorgespiegelte Verhandlungsergebnis wurde vom Wissenschaftsminister als "nicht korrekt" bezeichnet und zusätzlich wurde die Urabstimmung als solche von vielen Seiten als manipulativ und dilettantisch beurteilt. Trotzdem setzte sich auch in Graz die Protestbewegung noch bis ca. Ende November in verschiedenen Formen fort: An der TU-Graz wurde die Aula eine Woche lang besetzt (dort fanden verschiedene Kulturveranstaltungen statt), die Besetzung der Uni-Direktion an der Uni Graz wurde fortgesetzt, eine "Lärm-Demo" wurde organisiert, zwischen zwei Murbrücken wurde ein 100 m langes Transparent gespannt, die Besetzung der Parteizentralen von SPÖ und ÖVP in Graz, die Errichtung einer symbolischen Mauer im Foyer der Alten Technik mit der Aufschrift "Sie vermauern uns die Zukunft".

Wie ist es dazu gekommen?

Wenn man sich ansieht, mit welcher Beharrlichkeit die Proteste von den Studierenden durchgeführt wurden, drängt sich der Schluß auf, daß sich hier mehr Unmut Luft gemacht hat als nur über die Kürzung der Familienbeihilfe. Student/inn/en empfanden tatsächlich schon länger die sich verschärfende Situation bei der eigenen materiellen Ausstattung (Stipendien-

kürzungen, Steigerung der Lebenshaltungskosten, Wohnungsmisere etc.) als auch bei der materiellen Ausstattung der Unis (überfüllte Hörsäle, zu wenig Laborplätze, mangelnde Betreuung aufgrund von Personalmangel etc.). Demgegenüber stehen keine Handlungen der politisch Verantwortlichen zur Verbesserung der nahezu katastrophalen Situation. Dazu wäre eine Ausweitung des Wissenschaftsbudgets unbedingt nötig. Die Politik der Bundesregierung geht stattdessen genau in die entgegengesetzte Richtung, indem seit Mitte der 70er Jahre eine "Salamitaktik" bei den Kürzungen im Hochschulbereich betrieben wird. Die Familienbeihilfenkürzungen im Herbst 1987 brachten das Faß zum Überlaufen.

Die Forderungen der Studierenden:

Es ist leicht erklärt, daß sich aufgrund der eben beschriebenen — unzulänglichen — Situation an den Unis die artikulierten Forderungen nicht nur auf die Rücknahme des Sparpaketes bei den Studierenden beschränkten, sondern bereits seit einigen Jahren bestehende Forderungen einschloß, was auch aus den beschlossenen Resolutionen hervorgeht:

- Ein sozial abgesichertes Studium
- Eine Stipendiengesetz-Novelle, die eine Abgeltung der gestiegenen Lebenshaltungskosten sowie eine Ausweitung des Bezieher/inn/enkreises beinhaltet.
- Mehr und besser ausgebildetes Uni-Personal
- Erweiterung des Universitätsbauprogrammes
- Bessere Ausstattung der Bibliotheken und Labors
- Demokratische Mitbestimmung und Kontrolle bei Drittmittelfinanzierung der Forschung
- Durchforstung und Entrümpelung der Lehrinhalte und Studienpläne

Was wurde erreicht?

Es war absehbar, daß die Bundesregierung nicht nachgeben würde. Der Druck der Studierenden war aber trotzdem so groß, daß er nicht ignoriert werden konnte. Es wurde ein Modell für die Familienbeihilfe entworfen (Höchstalter 27 Jahre nur mit Ausnahmeregelung, sonst nur bis 25 Jahre), das einen enormen Verwaltungsaufwand und zusätzliche bürokratische Hürden für Studierende bedeutet, womit aber die SPÖ/ÖVP-Koalitionsregierung offiziell nicht nachgegeben hat und ihr Gesicht wahrte. Die Forderungen der Protestbewegung, die über den Bereich der Familienbeihilfe hinausgingen,

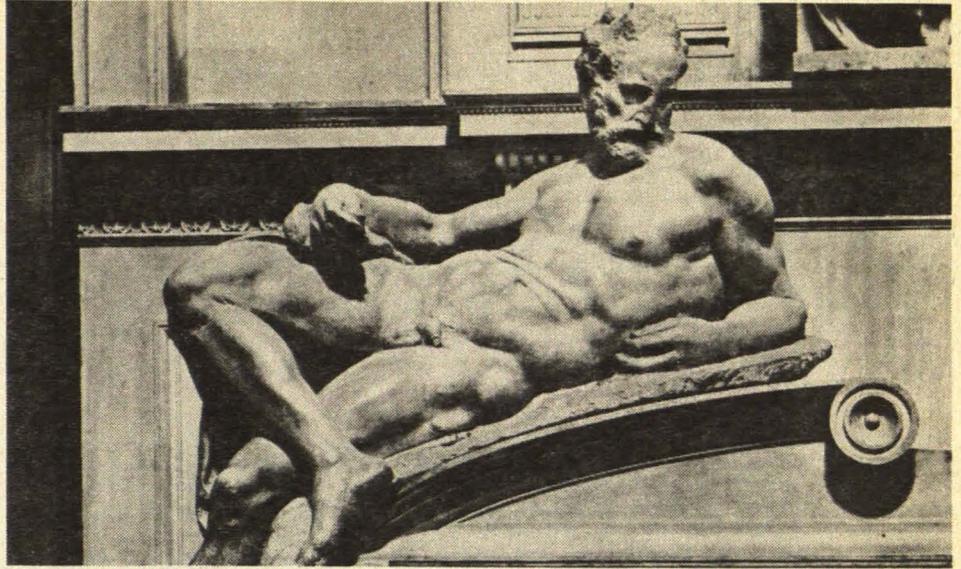
wurden völlig ignoriert.

Die Rolle der ÖH-Technik

Anders als an manchen Universitäten, wo die konservativen ÖH-Führungen isoliert von den eigentlichen Streikbewegungen handelten (was zu einer Schwächung des Protests führte), traten an der TU-Graz ÖH und Student/inn/en-Bewegung gemeinsam auf. Viele Kolleg/inn/en organisierten und/oder beteiligten sich an den verschiedensten Protestaktionen, und die "Institution" ÖH-Technik stellte dafür ihre finanziellen Mittel und ihre organisatorischen Kapazitäten zur Verfügung. In zahlreichen Hörer/innenversammlungen, Organisationstreffen etc. wurde die Vorgangsweise in offener Weise immer wieder besprochen, wobei verschiedenste Meinungen und Einschätzungen zu Wort kamen. Aus dieser Vorgangsweise, die einer fortschrittlichen und offenen ÖH entspricht, resultierte ein einheitliches Auftreten der breiten Masse der Studierenden und der ÖH-Repräsentant/inn/en.

Ausblick

Die sich weiter verschärfende Situation bei den Ausstattungen der Universitäten und der sozialen Absicherung des Studiums sowie die Politik der Bundesregierung, die primär auf das Ziel der Budgetkonsolidierung ausgerichtet ist, was Sozialkürzungen beinhaltet, von denen außer den Studierenden auch andere Bevölkerungsgruppen betroffen sind, läßt erwarten, daß wir auch in Zukunft Proteste setzen werden müssen, um unseren Forderungen Gehör zu verschaffen und letztendlich Verbesserungen zu erreichen, wozu auch die Solidarität mit und von anderen betroffenen Bevölkerungsgruppen notwendig ist. Gerade die jüngsten Vorschläge des ministeriellen "Rates für Studienreform" (der übrigens infolge des Streiks 1987 eingerichtet wurde) beinhalten massive Studienverschärfungen (indirekter Numerus Clausus, Studiengebühren etc.), welche unter dem Deckmantel "kürzer, effektiver, internationaler" verkauft werden. Wozu eine Fortsetzung der restriktiven Hochschulpolitik führt, zeigt ein Blick über die Grenzen: Unsere Kolleg/inn/en in der BRD sind seit dem Herbst 1988 im Ausstand und streiken!



Zivildienstreferat

Seit dem Ende des Jahres 1987 ist das Zivildienstreferat personell schwächer besetzt, da die Arbeitsgemeinschaft für Gewaltfreiheit, soziale Verteidigung und Zivildienst aus den Räumen der Österreichischen Hochschülerschaft ausgezogen ist, um in Graz die Friedenswerkstatt zu eröffnen. Durch diese räumliche Trennung kann seither die Beratung für Zivildienstler und solche, die es noch werden wollen, am Dienstagabend nur mehr im Einmann-Betrieb durchgeführt werden. Obwohl die Friedenswerkstatt am Donnerstagabend eine zusätzliche Zivildienstberatung eingeführt hat, ist die Zahl der Beratungssuchenden in der ÖH der TU Graz nicht zurückgegangen.

Dies mag auch auf die Plakation des Zivildienstreferates zurückzuführen sein, in der an alle Zivildienstberatungsstellen österreichweit ein Plakat mit den Grazer und steirischen Zivildienstberatungsstellen ergangen ist. Da zukünftige Studenten jetzt noch die Oberstufen der Mittelschule besuchen, ist dieses Plakat auch an alle steirischen Schulen gesandt worden, um den eventuellen Zivildienstwerbern bereits vor der Stellung Hinweise auf die notwendige Vorgangsweise geben zu können.

Neben der Beratung liegt ein Schwerpunkt der diesjährigen Arbeit wie im letzten Jahr auf der Zivildienstgesetzesnovelle. Während im Jahr 1988 um eine einigermaßen vernünftige Gesetzeslage gestritten wurde, wird 1989 die Realisierung dieser Novelle im Zivildienst interessant werden.

Diese Ereignisse werden sicherlich in eine neue Zivildienstbroschüre eingehen, bis zu deren Erscheinen wird aber sicherlich noch einige Zeit vergehen, sodaß die auch im letzten Jahr erhältliche Broschüre über Antrag, Kommission und Ablauf des Zivildienstes vorerst als sehr nützlich bezeichnet werden kann, vorbehaltlich einiger Änderungen natürlich, auf die während der Beratung eingegangen wird.

So wurde zum Beispiel weder der Grundweg, der den Zivildienst gewissermaßen zu einem militärischen Hilfsdienst degradiert, noch die Zivildienstkommission abgeschafft, die nach wie vor etwa 40% der Antragsteller unterstellt, hinter ihrem Anliegen stünden keine ernsthaften Absichten, ein gewaltloses Leben zu führen. Zu dieser Erkenntnis gelangt die Zivildienstkommission nach etwa 10 bis 15 minütiger Verhandlung!

Als weitere Änderungen brachte die Zivildienstgesetzesnovelle eine Dienstausschreibung für Zivildienstler, eine Vertrauensmann bei den Dienststellen sozusagen als Vertreter der Zivildienstler, sowie eine deutliche Einschränkung der als Trägerorganisationen zugelassenen Einrichtungen. Es kann nur mehr in Krankenanstalten, bei der Rettung, in Behindertenheimen und anderen Sozialbereichen, sowie bei Einrichtungen des Zivilschutzes, der Flüchtlingsbetreuung und der zivilen Landesverteidigung der Zivildienst abgeleistet werden. Dies deutet auf die Aufrechterhaltung der Stellen bei Bahn und Post hin, was den Vorstellungen der Zivildienstler komplett widerspricht.

Eine besondere Neuerung hat die Novelle gebracht: In manchen Zivildienststellen (welchen, ist noch nicht geklärt) dauert der Grundzivildienst nur mehr 6 Monate, wobei dann die zwei restlichen Monate in Form von Zivildienstübungen analog zu den Truppenübungen beim Heer abgeleistet werden müssen. Insgesamt müssen vier mal 15 Tage Übungen durchgeführt werden.

Die genaueren Auswirkungen der Novelle sind noch nicht bekannt, da es noch keine Durchführungsvorgaben für die Novelle gibt. Ich hoffe aber, das Rätsel der Auswirkungen der Novelle schon bald bei der Zivildienstberatung am Dienstagabend von 18.00 Uhr bis 19.00 Uhr klären zu können.

Gerald Killmann